



# PRESSEDIENST

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG – LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN  
*Lehrergewerkschaft im »NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion«*

Hannover, den 21.02.2019 -05

VBE-Landesvorsitzender Franz-Josef Meyer begrüßt Einigung im Digitalpakt-Streit

## **„LANDESREGIERUNG DARF NICHT AUS VERANTWORTUNG ENTLASSEN WERDEN!“**

**Bundesmitten sind Anschubfinanzierung im digitalen Wandel**

„Die erfreuliche Nachricht aus Berlin über die Einigung im Verfassungsstreit um die Verpflichtung der Länder beim Digitalpakt ist in Niedersachsens Schulen gut angekommen. Dies kann aber nur der Beginn einer Kooperationspartnerschaft sein, um alle Schulen in Deutschland angesichts des immensen Sanierungsstaus für die enormen Herausforderungen der Arbeits-, Sozial- und Digitalwelt zukunftsfähig zu machen.“

Mit diesen Worten kommentiert VBE Vorsitzender Franz-Josef Meyer die Einigung im Streit um den Digitalpakt.

Damit ist es endlich gelungen das von den Ländern vehement verteidigte Kooperationsverbot mit dem Bund, zumindest im Schulbereich, zu knacken.

Meyer weiter: „Die 500 Millionen Euro aus Berlin für die niedersächsischen Schulen sind ein willkommenes Startgeld. Sie entlassen das Land aber keineswegs aus der Pflicht der Gesamtverantwortung im schulischen Bildungsbereich, auf die der Ministerpräsident Stephan Weil so sehr pocht“.

Zu dieser Nachhaltigkeit gehören das Offenlegen der Mittelverwendung über den von Kultusminister Tonne angekündigten Sockelbetrag von 30.000 Euro pro Schule sowie ein konkreter Plan über die Verwendung der verbleibenden 400 Millionen Euro Landesmittel. Denn der Investitionsstau an den niedersächsischen Schulen geht in die Milliarden, wie die Kommunen vorrechnen.

Meyer abschließend: „Jede Schülergeneration hat ein Recht auf angemessene zukunftsorientierte Bildung. Dieser Verantwortung muss sich die Landesregierung stellen!“